

Eine ereignisreiche Session ging zu Ende – Meine Bilanz der Sommersession 2021 im Ständerat

Ständerätin Maya Graf

Die soeben zu Ende gegangene Sommersession war ereignisreich. Dies auch, weil mit den Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021 – das CO2-Gesetz und die beiden Pestizidinitiativen – wichtige Entscheide für die Zukunft unserer Kinder anstanden und leider enttäuschend abschritten. Als Landwirtschaftspolitikerin mache ich mir Sorgen über die tiefen Gräben, die dieser Abstimmungskampf zwischen Stadt und Land ausgelöst hat. Doch eines ist für mich klar. Beide Seiten wollen sich für unsere heimische Landwirtschaft, die Umwelt, den Tier- und Klimaschutz engagieren. Da helfen gegenseitige Schuldzuweisungen nicht weiter. Wir müssen nun einen gemeinsamen Weg für Lösungen finden und sofort mit kleinen, aber sicheren Schritten vorwärts gehen. Zeit dürfen wir keine mehr verlieren, denn die Klima-, Biodiversitäts- und Ressourcenkrise wartet nicht. Es braucht nun alle Kräfte, um die Schweiz in eine nachhaltige Zukunft zu führen und dafür werde ich mich intensiv einsetzen.



Rückkehr zur Normalität im Gedenken an die Opfer von Covid19

Das Covid19-Gesetz wurde angenommen und ich freue mich, dass wir mit den Impffortschritten, dem Testen und Nachverfolgen von Ansteckungsketten langsam aber sicher in die Normalität zurückkehren. Es ist schön zu sehen, wie die Leute sich freuen, sich wieder treffen zu können. Gerade deshalb war es mir in der aktuellen Session wichtig, dass wir kurz innehalten können und uns gemeinsam an die Opfer der Corona-Pandemie erinnern: In [meinem Votum](#) weise ich darauf hin, dass die Pandemie mehr als 10'800 Menschen in unserem Land das Leben gekostet hat. Es sterben immer noch Mitmenschen an schweren Covid19-Verläufen. Ältere Personen haben in Alters- und Pflegeheimen an der Isolierung gelitten und viele – auch Jüngere – haben nicht nur körperlich, sondern auch psychisch schwer an der Pandemie getragen. Mit dem [Postulat 21. 3079](#) ersuche ich das Büro des Ständerates, die nötigen Schritte für ein gemeinsa-

mes Gedenken an die Opfer der COVID-19 Pandemie und ihre Angehörigen einzuleiten. Eine offizielle Gedenkfeier von Bundesrat und Parlament soll in einem würdigen Rahmen an die grösste Gesundheitskrise seit 100 Jahren erinnern und gesellschaftliche Wunden schliessen helfen. Ich freue mich, dass mein Postulat vom Ständerat an das Ratsbüro zur weiteren Planung überwiesen wurde.

Politische Rechte auch für Menschen mit geistiger Behinderung

Ein weiterer wichtiger Erfolg, der mich als Co-Präsidentin von Inclusion Handicap besonders freut, war die Annahme des [Postulates 21.3296](#) meiner Ständeratskollegin Marina Carobbio Guscetti «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können» durch den Ständerat. Darin wird der Bundesrat aufgefordert, die Massnahmen aufzuzeigen, damit auch Menschen mit einer geistigen Behinderung uneingeschränkt am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können. In [meinem Votum](#) dazu führte ich aus, dass Menschen mit Einschränkungen als gleichwertige Bürgerinnen und Bürger anerkannt sein sollten. Denn es gibt auch in dieser Gruppe Menschen, die politisch aktiv sein wollen und andere, die sich nicht in der Lage sehen, oder kein Bedürfnis empfinden, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Der Ausschluss dieser Bürger*Innen und Bürger aus der politischen Mitbestimmung lässt sich nicht mit dem verfassungsrechtlichen Verbot der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung vereinbaren. Schliesslich widerspricht er auch den völkerrechtlichen Verpflichtungen, die die Schweiz bei der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) übernommen hat.

Für eine starke Pflege – jetzt erst recht

Ich habe mich für den parlamentarischen Gegenvorschlag für eine starke Pflege eingesetzt, das [Geschäft des Bundesrates 18.079](#), den das Parlament der Volksinitiative entgegenstellt und der nun zur Abstimmung kommen wird. Der Gegenvorschlag ist wichtig und gut. Er enthält allerdings eine Lücke, die das Initiativkomitee nun dazu bewogen hat, seine Initiative nicht zurückzuziehen. Ich habe in der Debatte des Ständerates in [meinem Votum](#) auf diese Lücke und ihre Folgen hingewiesen: Heute verlassen sehr viele Pflegefachpersonen noch vor dem 35. Lebensjahr, also nach nur ein paar Berufsjahren, ihren Ausbildungsplatz bereits wieder und arbeiten in einem anderen Beruf, weil sie erschöpft sind, weil die Arbeitsbedingungen unbefriedigend sind. Es geht dabei auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die wegen der unverlässlichen Zeit- und Dienstplanung schwierig ist. Es geht aber vor allem auch darum, dass diese Unzufriedenheit am Arbeitsplatz nicht dazu führen darf, dass die Qualität der Pflegeleistung leidet und es geht vor allem auch um die Patientensicherheit. Mit guten Arbeitsbedingungen wirken wir dem entgegen und machen die Berufe wieder attraktiv. Die InitiantInnen haben nun im Abstimmungskampf zur [Volksinitiative «Für eine Starke Pflege»](#) die Möglichkeit, die wichtige Diskussion über die Pflegeberufe in die Bevölkerung zu tragen. Ich werde sie dabei unterstützen. Der Bundesrat hat die Abstimmung auf den 28. November 2021 gelegt.

Einheimische Nutztierassen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Mit Begeisterung unterstützte ich ausserdem – auch in meiner Funktion als Stiftungsrätin von Pro Specie Rara – die [Motion 21.3229](#) meines Ständeratskollegen Rieder zur Erhaltung unserer einheimischen Nutztierassen. Pro Specie Rara hat seit über dreissig Jahren zusammen mit begeisterten Züchterinnen und Rassevereinen das Überleben dieser Tierassen überhaupt gesichert. Heute hegt und pflegt die Stiftung 32 Rassen, vom Wollschwein über die Capra Grigia bis zum Rätischen Grauvieh. Die Motion schützt die Vielfalt und Genetik, die es unbedingt u.a.

durch Züchtungen zu erhalten und fördern gilt. Wir brauchen diese Rassen für eine nachhaltige, klimafreundliche und zukunftsfähige Landwirtschaft.

Produktionsmethoden, die in der Schweiz verboten sind, müssen deklariert sein

Die Motion der Kommission für Wirtschaft und Bildung des Ständerates verbuchte einen Erfolg im Nationalrat: Die [Motion 20.4267](#) «Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden» verlangt vom Bundesrat, die Kundentransparenz bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu verbessern. Produktionsmethoden, die in der Schweiz verboten sind, sollen der Deklarationspflicht unterstellt werden. Produktionsart und Herkunft sollen klar ersichtlich sein. Die Motion wurde im Nationalrat mit 137 zu 41 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Nun muss der Bundesrat importierte Lebensmittel deklarieren, wenn sie mit Produktionsmethoden produziert wurden, die in der Schweiz verboten sind. Ich hatte [diesen Antrag](#) zu Händen der WBK-S zusammen mit meinem Kollegen Ständerat Michel und in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Bauernverband eingebracht. Endlich geht es vorwärts in Richtung von mehr Transparenz für importierte Lebensmittel.

Geplanter Ausstieg aus der Tierversuchsforschung statt radikalen Verboten

Der Ständerat hat in der aktuellen Session das [Geschäft des Bundesrates 19.083](#) zur Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot — Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt. Volksinitiative» verhandelt. In [meinem Votum](#) lehne ich diese Initiative ab, weil sie extrem und schädlich für unseren Forschungs- und Innovationsstandort ist. Nächste Handlungsschritte sind aber zentral und auch dort werde ich dranbleiben: Tierversuche müssen reduziert und wenn immer möglich vermieden und ersetzt werden. Unsere Hochschulen sollen in der Grundlagenforschung nicht einfach immer mehr «Tiermodelle verbrauchen» notabene mit unseren Steuergeldern. Die Zukunft gehört der tierversuchsfreien Forschung und Innovationen in diesem Bereich. Es müssen mehr Forschungsgelder in die [3R-Forschung](#) investiert werden. Diese Forschung zielt darauf ab, Tierversuche in der wissenschaftlichen Forschung möglichst durch alternative Versuchsmethoden zu ersetzen (Replacement), die Zahl der Tierversuche insgesamt oder pro Versuch zu reduzieren (Reduction) oder die Belastung und den Stress der Tiere durch verbesserte Versuchs- und Haltungsbedingungen zu verringern (Refinement). Beide Kammern des Parlaments und der Bundesrat lehnen diese extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt – Perspektiven für die Berufsfeldentwicklung

Einen wichtigen Erfolg konnte ich mit meinem Postulat [Postulat 21.3290](#) «Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung» verbuchen. Nachdem der Bundesrat den Antrag zunächst leider abgelehnt hatte, konnte ich mit [meinem Votum](#) den Ständerat unter Anwesenheit von Bundesrat Guy Parmelin von einer Annahme des Postulates überzeugen. Beim geforderten Bericht geht es um eine pragmatische Zusammenfassung der verschiedenen bis dato gewonnenen Erkenntnisse, die sich aus dem Zusammenspiel der Erfahrungen aus der Pandemie, dem dadurch forcierten Digitalisierungsschub und der Umsetzung des Klimaabkommens von Paris ergeben. Bei der Fragestellung des Postulates «Wie können Initiativen, wie etwa "Digitale Schweiz", "Berufsbildung 2030", und die Energiewende zusammen mit den Kantonen synergetisch weiterentwickelt werden?» geht es nicht etwa nur um die Replizierbarkeit vorhandener Analysen für andere Länder und allgemeine Trendforschung. Ein Bericht zu diesem Paradigmenwechsel und dem Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage auf dem

Arbeitsmarkt ist wichtig, um unsere Berufsfelder gemeinsam für die Zukunft entwickeln zu können. Es geht um ein wichtiges Puzzlestück zur Ergänzung der Forschungsprogramme und Initiativen, die schon unterwegs sind.

Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen – Folgen für unsere Region

Schliesslich konnte ich in der Sommersession das [Postulat 21.3802](#) «Abbruch der Verhandlungen des Rahmenabkommens (InstA) Schweiz-EU durch den Bundesrat: Welche Folgen für die Nordwestschweiz und deren grenzüberschreitende Zusammenarbeit?» einreichen. Ich bitte darin den Bundesrat, die Folgen des Abbruchs der Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU mit Blick auf unsere Region zu beantworten:

1. Wie und in welchem Rahmen wird der Bundesrat die Grenzkantone, welche besonders vom Abbruch der Verhandlungen des Rahmenabkommens CH-EU betroffen sind, über die Auswirkungen informieren?
2. Welche konkreten, kurz- und mittelfristigen Folgen des Scheiterns der Verhandlungen sieht der Bundesrat für die, in allen Bereichen erfolgreich vernetzte, Grenzregion Nordwestschweiz im Besonderen und wie gedenkt er diese aufzufangen resp. zu vermeiden?
3. Welche konkreten nächsten Schritte plant der Bundesrat, damit sowohl der Ist-Zustand, als auch der Ausbau des Marktzugangs zum europäischen Binnenmarkt gesichert werden kann? Auf welcher Terminalschiene plant er diese Schritte und wie werden die betroffenen Regionen einbezogen?
4. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die jeweilige anstehende Aktualisierung des MRA für alle 20 betroffenen Branchen, insbesondere die Medizinaltechnik, Medizinprodukte, etc. gewährleistet bleibt?
5. Die voll assoziierte Teilnahme am Horizon-Programm (2021-27) der EU ist insbesondere für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Nordwestschweiz zentral. Auf die Frage [21.7400 Brenzikofer](#) hält der Bundesrat fest, dass er die Konsequenzen nicht abschätzen kann, solange die Position der EU nicht definitiv bekannt sei. Was bedeutet das konkret, zeitlich und welche Schritte unternimmt der Bundesrat, um das Abkommen erfolgreich abzuschliessen?

Meine Ständeratskollegin Eva Herzog hat parallel die [Motion 21.3698](#) eingereicht. In ernster Sorge um die Zukunft unserer beiden Kantone und ihre alltägliche konkrete Vernetztheit mit unseren Nachbarländern erwarten wir nun die Behandlung unserer Vorstösse mit Spannung.

Hochschulkooperationen mit China – Welche Kriterien und welcher Schutz für die Forschungsfreiheit und die Innovationen?

In der letzten Sessionswoche hat der Ständerat zudem meine [Interpellation 21.3289](#) – Nationale Daten, Kriterien und Leitlinien zu Hochschulkooperationen und akademischen Austauschprogrammen mit der Volksrepublik China verhandelt. China akzeptiert die akademischen Freiheiten nicht – weder in seinem eigenen Land noch in unseren Staaten. Daher habe ich den Bundesrat befragt, ob und wie er eine Kontrolle und Übersicht über die chinesischen Aktivitäten in Forschung und Lehre und bezüglich der hiesigen Studierenden und des akademischen Personals aus der VR China realisiert. In [meinem Votum](#) bitte ich Bundesrat Parmelin u.a. sich mit den Hochschulen, mit dem Hochschulverband Swissuniversities und vor allem auch mit den ETH um diese sehr wichtigen Fragen und klare Kriterien und Leitlinien zu Hochschulkooperationen in akademischen Austauschprogrammen mit der Volksrepublik China zu kümmern.

Die Bewältigung der Covid19-Pandemie von Beginn bis zum Schluss der Session

Als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates habe ich den [Geschäftsbericht des Bundesrates 2020](#) dem Ständerat zur Genehmigung vorgelegt. In [meinem Votum](#) führe ich aus, dass die GPK beider Räte die Mitglieder des Bundesrates und den Bundeskanzler an drei Tagen zu ihrer Amtsführung angehört und befragt haben. Der Geschäftsbericht des Bundesrates 2020 befasst sich dabei u.a. mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie, die sich wie ein roter Faden durch die Amtsgeschäfte aller Departemente zieht. Aber nicht nur, denn die Geschäftstätigkeit sowie die Rechenschaft gegenüber der Oberaufsicht und dem Parlament muss trotz Krise gewährleistet werden. Und dies hat der Bundesrat in Anbetracht der grossen Herausforderungen im Jahre 2020 sehr gut gemeistert. Die GPK haben zusätzlich diese drei Querschnittsthemen für alle DepartementsvorsteherInnen gewählt:

1. Die Kommissionen wollten wissen, welche Strukturen seit Beginn der Pandemie in den Departementen eingerichtet wurden, welche Krisenmanagementstrukturen in Normalzeiten bestehen und ob diese Strukturen zur Bewältigung der Pandemie eingesetzt wurden.
2. Beim Thema Cybersicherheit in den Departementen und der Bundeskanzlei wollten die Kommissionen wissen, ob die Weisungen des Bundesrates und des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit zur IT-Sicherheit nach Meinung der Departemente und der Bundeskanzlei eingehalten werden, in welchen Bereichen es Verbesserungsbedarf gibt und wie Cyber Risiken eingeschätzt und angegangen werden.
3. Ein weiteres Themenfeld behandelte die Digitalisierung der Bundesverwaltung.



Mit diesem Rückblick auf die Sommer-session 2021 lehnt sich nicht nur Helvetia auf der kleinen Schanze in Bern nun etwas von der getanen Arbeit zurück. Auch ich werde die Sommer-Politpause im Parlament bis Anfang August geniessen.

Ich wünsche auch Ihnen einen schönen und erholsamen Sommer.

Mit herzlichen Grüssen

Ihre Maya Graf